

der Landesregierung“ (für den Fall, daß die Schweiz für die Abwehr einer Invasion Bundesgenossen benötigt).

Die Offiziere aus dem Züblin-Kreis forderten daher, die Schweizer Armee müsse derartig bewaffnet und modernisiert werden, daß sie jederzeit in der Lage sei, im Verein mit anderen Armeen zum Wohle der Schweiz eingesetzt zu werden. Mit anderen Worten: Die Schweizer Neutralität — seit mehr als 400 Jahren außenpolitisches Prinzip — müsse im Interesse der militärischen Sicherheit „eingeschränkt“ werden.

Nun gibt es freilich kein Gesetz, das jedem schweizerischen Beamten die Wahrung absoluter Neutralität zur Pflicht macht. Gleichwohl ist die Außenpolitik der Neutralität Bestandteil der Bundesverfassung, denn

▷ Artikel 85 reiht die Behauptung der schweizerischen Neutralität in den Pflichtenkreis der Bundesversammlung (Parlament) ein und

▷ Artikel 102 schreibt vor, der Bundesrat (Regierung) habe über die Neutralität der Schweiz zu wachen.

Auf diese Neutralitäts-Artikel beriefen sich denn auch die zahlreichen Gegner der Züblin-Gruppe, als Ende vergangenen Jahres ruchbar wurde, daß die Regierung die Reformvorschläge des Oberstkorpskommandanten weitgehend akzeptiert habe. Meuterte die „Tat“: „Nie können wir die Preisgabe unserer Neutralitätspolitik mit der Armeekonzeption vorwegnehmen und in Gegensatz zum Verfassungsrecht stellen.“

Die lautstarke Propaganda, mit der sich die Gegner der neuen Armeepolitik auf die Beratung der Reformpläne in der Herbstsitzung des Parlaments vorbereiten, kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung längst begonnen hat, eine Nato-konforme Armee zu schaffen. Im Generalstab wird bereits an dem Plan gearbeitet, der Schweizer Armee auf französischem Boden — im Pruntuter Zipfel und im Jura — Truppenübungsplätze zu sichern.

ÖSTERREICH

HABSBURG

Der Otto-Komplex

Ein grimmer Forstmeister im niederösterreichischen Eckartsau hat zuwege gebracht, daß der älteste Sohn des letzten Wiener Kaisers „die Republik Österreich verklagen“ muß — wie ihm der Regierungschef dieser Republik, Bundeskanzler Julius Raab, höchstpersönlich riet —, wenn er die Rückgabe des beschlagnahmten habsburgischen Familienfonds erreichen will.

Der Verhandlungsweg, so resümierten vor kurzem die „Salzburger Nachrichten“, sei nun „total verschüttet“. Dabei waren die vertraulichen Absprachen sowohl über die Heimkehr Erzherzog Ottos wie über die Vermögensrückgabe schon recht weit gediehen.

Mitte Juni hatte deshalb Forstmeister Norbert Putzgruber, der mit seiner Familie eine hochherrschaftliche



Dieses Herrenhemd ist ein Geschenk für jede Frau

Jedes ‚Diolen‘-Oberhemd für „ihn“ ist auch eine ungetrübte Freude für „sie“. Was Frauen an ‚Diolen‘ schon lange schätzen - hier wird es zur begehrtesten Hemden-Eigenschaft:

**Stets vorbildlich frisch
nach müheloser Wäsche -
auch ohne Bügeln wirklich glatt.**

Das feine Gewebe ist seidenweich in Glanz und Griff, sympathisch für jede Haut und angenehm bei jeder Temperatur, dazu von erstaunlich langer Lebensdauer. Wirklich ein Herrenhemd für Anspruchsvolle, das sich rasch bezahlt macht - und ein echtes, täglich neues Geschenk

**für den Mann, der es trägt -
für die Frau, die es pflegt!**

Einmal **Diolen** Immer **Diolen**

Herrenhemden aus ‚Diolen‘ mit Baumwolle von namhaften Herstellern in jedem guten Fachgeschäft.

Räume im rechten Flügel des Hauptgebäudes von Schloß Eckartsau bei Orth bewohnt, eine vorsorgliche Kündigung erhalten. Darin hieß es, er habe seine feudale Dienstwohnung in Kürze zu räumen und sich ins Forsthaus zurückzuziehen.

Grund der Ausquartierung: Otto von Habsburg werde in der ersten Oktoberwoche das jüngst renovierte barocke Jagdschloß in den Donau-Auen östlich von Wien beziehen. Als Domizil für seine Fünf-Töchter-Familie sei außer jenen Räumen, in denen der abgedankte Kaiser Karl 1919 seine letzten Tage in Österreich verbracht hat, auch die derzeitige Forstmeisterwohnung ausersehen — insgesamt elf Prunkräume, acht Wohnräume und sechs Dienerzimmer. Kurz zuvor hatte Otto-Schwiegermutter Herzogin Klara Marie von Sachsen-Meiningen die Eckartsauer Räumlichkeiten bereits einer geheimgehaltenen Besichtigung unterzogen.

Der gekündigte Schloßbewohner Putzgruber schlug daraufhin Alarm. Nicht ohne politische Geschicklichkeit wählte er für seine Enthüllungssstory die „Illustrierte Kronenzeitung“, deren Defizit ungeachtet der kaiserlichen Kopfbedeckung im Blatt-Titel aus Gewerkschaftsgeldern gedeckt wird. „Kronen“-Reporter Bleibtreu erfuhr dabei aus forstmeisterlichem Munde einige Dinge, die ein kleiner Beamter meist nur dann ausplaudert, wenn er sich durch einen Vorgesetzten gedeckt weiß:

- ▷ Die von Otto beanspruchten österreichischen Besitzungen hätten einen Verkehrswert von 700 bis 800 Millionen Schilling (rund 130 Millionen Mark).
- ▷ In der Direktion der Österreichischen Bundesforstverwaltung seien bereits alle Vorkehrungen zur Übergabe von rund 17 000 Hektar Wald an den Chef des Hauses Habsburg getroffen worden.
- ▷ Die Bundesforstverwaltung werde nach diesem Aderlaß, der den Verlust eines Jahres-Reingewinns von 15 bis 20 Millionen Schilling bedeutet, vor dem Bankrott stehen.
- ▷ Otto sei diesmal seiner Sache so sicher, daß er für den Herbst bereits eine Jagdgesellschaft nach Eckartsau geladen habe.

Motivierte Chefredakteur Hans Dichand seine „Habsburg ante portas“-Serie: „Ich betrachte Ottos Rückkehr als die größte Belastungsprobe für die Republik Österreich seit 1945. Dabei kann alles glatt oder alles schief gehen. Das Risiko eines Generalstreiks bedroht den mühsam errungenen inneren Frieden.“

In der Tat hatte Dichand damit den neuralgischen Punkt in der langjährigen Habsburg-Kontroverse bloßgelegt: Niemand vermag nämlich mit einiger Sicherheit zu prophezeien, welche Art Willkomm die Bevölkerung dem Sproß jenes Herrscherhauses bereiten würde, das 700 Jahre lang in Glanz und Niedergang die Geschichte Österreichs bestimmt hat.

Während sich 1958 bei einer Meinungsumfrage 54 Prozent der Interviewten für Ottos baldige Rückkehr und 17 Prozent dagegen aussprachen, will die schwachbrüstige monarchistische Bewegung Österreichs — ein von stetem

Zerfall bedrohtes überparteiliches Vereinsgebilde — sogar festgestellt haben, daß 17 von 100 Österreichern die Wiedereinführung der Monarchie befürworten.

Eine Frage, die in anderen Ländern längst leidenschaftlos gelöst wurde, war in der Donarepublik in den Strudel unberechenbarer Emotionen geraten. Das bewiesen die Waschkörbe von Drohbriefen alter Austro-Marxisten, mit denen das Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) überschwemmt wurde. Das verriet auch der Jubel eucharistischer Pilgergruppen aus Österreich, mit dem der Thronpräsident vor kurzem in München begrüßt wurde (Frankfurter „Abendpost“: „Dem Otto die Hand gedrückt“).

Lediglich der einstige k.u.k. Offizier und heutige Hauptförderer einer Rück-



Emigrantin Regina von Habsburg
Eine Krone ist ...

kehr der Habsburger, Julius Raab, hegte keine Bedenken: „Es wäre traurig um den Bestand unserer Republik bestellt, wenn sie nicht die Stärke aufbringen könnte, sich mit diesem Problem in fairer Weise auseinanderzusetzen.“

Noch vor zwei Jahren schien solch einer fairen Auseinandersetzung nichts im Weg zu stehen. Damals dachte sich Otto in seinem Exil Pöcking am Starnberger See, wo er mit seiner Gattin Regina und fünf Töchtern dank einem österreichischen Paß „gültig für alle Staaten der Erde mit Ausnahme Österreichs“ die Villa Australia (nicht Austria) bewohnt, einen klugen Schachzug aus. Statt weiterhin Vermögensfrage und Heimkehr-Erlaubnis in einen Verhandlungstopf zu werfen, trennte er die beiden Traktanden auf buchhalterisch penibler Weise. Um den Preis etlicher beleidigter Monarchistenseelen stützte sich der Habsburger bei allen Kontakten mit österreichischen Politikern fortan

nur noch auf ein exzellentes Zweimann-Team:

Über die Rückkehr-Frage verhandelte ab September 1958 ausschließlich Dr. Max Herzog von Hohenberg, ein Sohn des 1914 in Sarajewo ermordeten österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und Sophie Gräfin Choteks (nach der morganatischen Heirat Herzogin von Hohenberg), die zwar dem böhmischen Uradel entstammte, dem Kaiserhaus jedoch nicht ebenbürtig schien, um thronberechtigende Kinder in die Welt zu setzen. Der 57jährige, politisch und finanziell unabhängige Hohenberg bezeichnet sich selbst als „unparteilichen Verhandler zwischen den beiden hohen Kontrahenten“. Seine Hauptaufgabe: mit den österreichischen Regierungsparteien den Wortlaut einer „ausreichenden, doch nicht entwürdigenden Loyalitätserklärung“ abzusprechen.

Nach dem 1919 verabschiedeten und 1955 auch in den österreichischen Staatsvertrag eingeschleusten Habsburger-Gesetz kann nämlich Otto wie jedes andere Mitglied der Familie Habsburg nur nach Österreich kommen, wenn er auf alle Herrschaftsansprüche „ausdrücklich verzichtet und sich als getreuer Staatsbürger der Republik bekennt“. Ob die angebotene Erklärung ausreichend ist, muß von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Parlaments beurteilt werden.

Über die Rückgabe der Reste des ehemaligen habsburgischen Privatvermögens hingegen verhandelt der Wiener Rechtsanwalt Dr. Alois Streif. Es geht dabei um die „äußerst komplizierte Geschichte“ — so Otto von Habsburg — der kaiserlichen Familienkasse, später Familienversorgungsfonds genannt, die primär dem Finanzgenie von Kaiserin Maria Theresias Gatten Franz Stephan von Lothringen zu danken war. Dieses seit 1837 als Familienfideikommiß behandelte Vermögen wurde am 30. Oktober 1919 als Staatsgut eingezogen, 1935 durch den damaligen Bundeskanzler Schuschnigg unter Umgehung des Parlaments teilweise an die Habsburger zurückgegeben und 1938 von den Nationalsozialisten abermals beschlagnahmt. Gegenwärtig werden seine Reste vom österreichischen Staat verwaltet.

Zu diesen Besitzungen zählen außer einigen verfallenden Schlössern als weitest aus größte Liegenschaft der Kobernau-Wald in Oberösterreich (10 000 Hektar), ferner schloß Eckartsau, das laut Stiftungsbrief „dem jeweiligen Thronfolger zur Verfügung steht“, Forstgut Pöggstall in Niederösterreich (5500 Hektar), Forstgut Krampen (617 Hektar) und das Jagdschloß Müritzsteg, beide in der Steiermark. Schloß Müritzsteg dient derzeit als Sommerresidenz des österreichischen Bundespräsidenten.

Bei einer Rückgabe des Familienfonds käme keineswegs Otto allein in den Genuß des Vermögens. Ihm stünde nur ein Drittel des Reingewinns zu. Auf die beiden anderen Drittel könnten insgesamt 123 Mitglieder des weitverzweigten Hauses Habsburg-Lothringen Anspruch erheben.

Sowohl der Herzog — im Österreich der abgeschafften Adelstitel nur als „Dr. Max Hohenberg“ bezeichnet — wie auch Dr. Streif vermied demonstrativ,

sich nur mit der bereitwilligeren Raabschen Volkspartei (ÖVP) zu verbünden. Reihum besuchten sie: nach dem ÖVP-Bundeskanzler den SPÖ-Vizekanzler, nach dem ÖVP-Landwirtschaftsminister den SPÖ-Außenminister.

Für ihre diplomatische Wendigkeit kaschierten sie auf beiden Seiten freundliche Worte. Die sozialistischen Politiker verwiesen zwar sorgenvoll auf ihre „internen Schwierigkeiten“ mit der altmodischen SPÖ-Gefolgschaft, die ohnehin gerade über die plötzlich ausgebrochene Kirchenfreundlichkeit der Parteispitze verschnupft sei, betonten aber ihren persönlichen guten Willen. Konzedierte selbst Vizekanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Pittermann: „Der Otto soll nur kommen. Er wird niemandem ein Ohrwaschl abbeißen.“ Ende Januar erfuhr dann Bundeskanzler Raab aus

Kenner des Parteiapparats die „Gegenrevolution von unten“ nennen. Während sich in der Kirchenfrage und bei der Modernisierung des Parteiprogramms die „aufgeschlossenen Vier“, Pittermann, Kreisky, Gewerkschaftsboß Olah und der neue Justizminister Broda, durchzusetzen wußten, gab es diesmal einen parteiinternen Triumph des sozialistischen Fußvolks.

Zum Sprecher der Sieger dieses parteiinternen Streits machte sich mit offensichtlichem Genuß SPÖ-Zentralsekretär Otto Probst. Den SPÖ-Spitzenreitern blieb somit — vom Parteiapparat desavouiert — nichts übrig, als das Ruder herumzureißen. Kommentierte Parteisekretär Rauscher: „Kein Mensch innerhalb des Parteivorstandes würde derzeit eine Habsburg-freundliche Haltung überleben.“



... so wichtig wie ein Hut: Raab, Erzherzog Otto (l.)

Pöcking, die Sozialisten hätten Hohenberg und Streif „grünes Licht gegeben“ und erklärt, es liege ganz und gar nicht an ihnen, wenn der Otto-Komplex noch immer ungeklärt sei. Dieser ruhe vielmehr „tief in der Schreibtischschublade Raabs begraben“.

Das ärgerte den Kanzler. Hastig baute er in seine bereits hektographierte und mit Sperrfrist an die Presse ausgegebene Rede zum ÖVP-Parteitag noch andert-halb Seiten über den Fall Otto ein. Seine Parteifreunde starrten ihn erschrocken an, als er im Alleingang vortrat, er selbst verließ jedoch äußerst befriedigt den Saal: „Jetzt werden's ja Farbe bekennen müssen, die Roten.“

Die SPÖ-Funktionäre zeigten sich indes in den nächsten Wochen ängstlicher denn je bemüht, das Wort Habsburg zu meiden. Raab versuchte vergebens mit Vizekanzler Pittermann, dem sozialistischen Außenminister Dr. Kreisky oder Innenminister Josef („Beppo“) Afritsch über Ottos Loyalitätserklärung zu diskutieren. In der SPÖ hatte nämlich inzwischen das stattgefunden, was

Angesichts so radikal blockierter Hoffnungen ging Raabs Temperament durch. Ohne sich weiterhin um seine schwerhörigen Koalitionspartner zu kümmern, rief er ein Geheimkomitee ins Leben, das aus dem Herzog von Hohenberg, Dr. Streif, drei hohen Beamten des Bundeskanzleramts und je einem Vertreter der ÖVP-Ministerien für Landwirtschaft, Unterricht und Handel bestand. Sein Auftrag: die Übergabe der Familienfonds-Liegenschaften an Otto hinter dem Rücken des Parlaments voranzutreiben. Bagatellisierte Raab: „Nur zum Studieren.“ Ende Juni waren die Übergabeakten jedoch unterschriftsreif.

Da enthüllte die von Forstmeister Putzgruber alarmierte „Illustrierte Kronenzeitung“ den verwegenen Plan des Kanzlers: Raab hatte daran gedacht, mit Hilfe des Durchführungsgesetzes zum Staatsvertrag die 1935 von Schuschnigg verfügte Freigabe des Habsburg-Vermögens wiederaufleben zu lassen. Das Durchführungsgesetz gibt nämlich der Regierung das Recht, die während der Hitler-Ära erloschenen

Gesetze Alt-Österreichs erneut in Kraft zu setzen. Dazu die Kronenzeitung: „Die entsprechende Novelle könnte das Parlament passieren, ohne daß die Nationalräte erkennen müßten, daß es dabei um das Habsburger-Problem geht.“

Die Sozialisten hatten damit endlich ihren Vorwand, um das Thema Otto mit großem Eklat aus Verscheiden der ÖVP für „abgeschlossen“ — so zürnte Pittermann — erklären zu können. Die gespannte interne Atmosphäre entlud sich mit grollendem Theaterdonner. „Für die Sozialisten ist die Rechtslage und die Frage der politischen Moral entschieden“, wettete die „Sozialistische Korrespondenz“, „Otto Habsburg bekommt nichts, gar nichts...“

SPÖ-Außenminister Kreisky entdeckte sogar unüberwindliche außenpolitische Schwierigkeiten: „Was würden die anderen Länder der einstigen Donaumonarchie sagen, wenn Otto in Wien Einzug hielte?“

Die peinliche Geheimniskrämerei der Gegenseite erleichterte das taktische Manöver der Sozialisten:

- ▷ Das Münchner Treffen zwischen Bundeskanzler Raab und Otto von Habsburg wurde erst dementiert, später vage zugegeben und schließlich mit provozierenden Details geschildert (Raab: „Nach Beginn des Essens mit Dr. Adenauer meldete sich Otto von Habsburg“). Die Unterredung erhielt damit fast den Charakter einer Staatsverschwörung.
- ▷ Der tatsächliche Wert des Habsburgschen Vermögens wurde bewußt verschleiert. Erst als die kommunistische „Volksstimme“ von einer vollen Schillingmilliarde sprach, verniedlichte Herzog Hohenberg die strittigen Besitzungen auf „17 bis 18 Millionen“.
- ▷ Die Zukunftspläne Ottos blieben bisher im dunkeln. Noch kein einziges Mal hat sich der Habsburger bindend zu der Frage geäußert, wie er sein Leben nach der eventuellen Heimkehr einzurichten gedenkt.

Statt die aufgeschreckten Republikaner zu beruhigen, läßt der Erzherzog selbst die wildesten Gerüchte undementiert. Im Hochadel zirkuliert die Version, Otto habe nach der Geburt seiner fünften Tochter als Thronprätendent endgültig resigniert. Dazu der Erzherzog: „Eine Krone ist ungefähr so wichtig wie ein Hut...“ Chef des Hauses Habsburg soll bei einer Rückkehr Ottos nach Österreich sein Bruder Robert werden, der Bankfachmann in Paris und Vater dreier Söhne ist.

Sozialistischer Bockigkeit und den Konsequenzen einer miserablen Politik konfrontiert, sieht Raab im Moment für Otto nur den Ausweg, die Republik Österreich zu verklagen. In einem Interview mit der Kärntner „Volkszeitung“ erteilte er Anfang August dem Erzherzog selbst diesen Rat.

„Auch der österreichische Staat muß die Folgen tragen, wenn er sich unrecht Gut aneignet“, plauderte der Kanzler mit dem Kärntner Journalisten. „Wenn die österreichische Regierung anläßlich eines ausländischen Besuches eine Tafel gibt, dann wird bei diesem Bankett das Hofgeschirr benutzt. Teller und Gläser bis zum Salzfäß herunter tragen das Wappen der Habsburger.“